



Interviews

Datum: 30. August 2022

Hedwig Richter im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Schnell steigende Preise für Lebensmittel und Energie, die Sorge vor der Gas-Mangellage, vor kalten Wohnzimmern, unterkühlten Klassenzimmern oder Produktionsstätten oder vielleicht auch deren Schließung. Während viele unter den Zumutungen dieses Herbstes stöhnen, während die Bundesregierung um das dritte Entlastungspaket ringt, kritisiert die Historikerin Hedwig Richter, die Regierenden trauten sich nicht oder nicht genug, den Menschen etwas abzuverlangen. Das ist natürlich erklärungsbedürftig. Hedwig Richter ist jetzt am Telefon, Professorin für neuere und neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. Schönen guten Morgen.

Hedwig Richter: Guten Morgen, Frau Schulz!

Schulz: Warum sind Sie so ein großer Fan von Zumutungen?

Richter: Ja! Ich muss zunächst sagen, ich habe den Eindruck, dass die Koalition den Schuss noch nicht gehört hat. Was wir momentan erleben ist unwahrscheinlich dramatisch. Ich sage mal ganz kurz: Diese IPCC-Berichte des Weltklimarates, in denen dargestellt wird, wie dramatisch die Situation ist, die sind ja eigentlich immer ganz konservativ. Die nehmen die am wenigsten dramatischen Auswirkungen und wir sehen nun, dass alles wahrscheinlich viel, viel schneller geht und viel dramatischer ist. Dieses 1,5-Grad-Ziel, das wir ja in Paris beschlossen haben anzustreben, das ist schon ganz unrealistisch geworden, und selbst wenn das käme, sähe unsere Erde vollkommen anders aus. Es ist eine Welt voller Krisen, voller Fluten, brennender Wälder, das was wir erleben, nur noch viel, viel dramatischer.

Das vorneweg: Wir leben jetzt nicht in einer der vielen Krisen, die immer wieder ausgerufen werden, Krise der Demokratie, sondern das ist unwahrscheinlich dramatisch und wir müssen irgendwie diese ökologische Transformation hinkriegen. Das ist das eine und das andere ist, wir müssen sie, weil wir in einer Demokratie sind, sozial gerecht gestalten. Da sehe ich zum einen, dass diese Dramatik der ökologischen Krise noch nicht angekommen ist, und dann auch, dass die soziale Gerechtigkeit viel zu weit und viel zu vage verstanden wird.

Schulz: Sie plädieren dafür, das Klimaschutz-Thema jetzt zu nutzen wäre die falsche Vokabel, weil es darum ja nicht geht, sondern umgekehrt jetzt die Lage in der Ukraine, den Krieg als Anlass zu nehmen, Einschnitte hinzunehmen?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Richter: Ja, bei dem Krieg wurde deutlich, dass die fossile Energie, die wir im Ausland einkaufen, als Unsicherheit zu uns zurückkommt, dass das keine Zukunft ist und dass diese fossile Zerstörung kein Weg ist, auf dem wir weitergehen können, sondern dass der auch ganz massiv unsere Sicherheit bedroht.

Was ich interessant finde ist, dass die Bevölkerung ja schon sehr, sehr weit ist. Klima steht ganz oben oder an zweiter Stelle der großen Themen, um die die Menschen sich Sorgen machen. Ich frage mich manchmal, warum die Politik das nicht aufgreift und da nicht viel, viel konsequenter hingeht. Man kann die Parteien durchgehen, wie die damit umgehen, mit dieser großen Anforderung, dass die Menschen ihr Leben umstellen müssen. Das was sie jetzt machen müssen ist nicht, dass wir an ein paar kleinen Stellschrauben drehen, sondern es muss massiv darum gehen, Menschen was zuzumuten. Das wenige, was wir haben: Es wird in Zukunft nicht so sein, dass wir noch immer mehr zu verteilen haben, sondern dass wir das wenige, was wir haben, gerecht verteilen. Das kann man in den verschiedenen Parteien durchgehen. Am dramatischsten, finde ich, ist es bei der SPD momentan, weil es einfach die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist, die sich da ein bisschen von der FDP vor sich hertreiben lässt, etwa das Gas billiger macht, die Pendlerpauschale erhöht, was ja alles komplett in die falsche Richtung geht.

Schulz: Aber es wird ja im Moment alles drastisch teurer und es liegt doch auf der Hand, dass gerade eine Partei, die sich die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, dass da nicht gut bezahlte Politiker und Politikerinnen – das sind die Regierenden ja nun -, dass die den Menschen nicht sagen können, ach, wisst ihr was, jetzt ist Krieg in der Ukraine, jetzt schnallt mal den Gürtel enger.

Richter: Die Aufgabe der SPD wäre, nicht das zu sagen an alle und ihre Klientel zu bedienen, zu denen auch viele mittlere Einkommen gehören, sondern den Ärmsten ganz gezielt zu helfen. Ich habe auch ein bisschen den Eindruck, dass in dieser Vorlage, die sie jetzt vorlegt, mit Direktzahlungen etwa, dass sie da eher einen Schritt in die richtige Richtung geht. Aber sie macht das noch nicht konsequent genug, dass sie viel, viel breiteren Schichten viel, viel mehr zumutet.

Schulz: Aber wer sind die Ärmsten?

Richter: Das fängt bei Hartz IV an und das sind dann welche, die ganz konkret ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, und das sind nicht die mittleren Einkommen, die Eigenheimbesitzer mit ihren Zweitwagen, weil man den ja auf dem Land braucht. Das darf nicht so weit definiert werden, sonst kriegen wir diese Transformation nicht hin.

Schulz: Wobei Sie da ja ganz schön austeilen. Sie haben sich ähnlich geäußert in einem Meinungsartikel in der Süddeutschen Zeitung. Da haben Sie davon gesprochen, der Wahnsinn dürfe nicht weitergehen. Was Sie als Wahnsinn bezeichnen, das ist für viele Menschen ja das normale Leben.

Richter: Ja! Und das ist, finde ich, Aufgabe der Politik zu zeigen, das was wir bisher für normal gehalten haben, dass es billiges Fleisch gibt, dass der deutsche Bürger ein Recht auf einen Billigflug nach Mallorca hat, das ist genau Teil dessen, warum unsere Welt jetzt brennt. Wir können auf diesem Weg nicht weiterleben. Wir müssen hier viel, viel stärkere Einschnitte machen.

Ich will als Historikerin auf die Zeit nach _45 verweisen, eine Zeit voller Krisen. Es war unklar, ob man das schafft. Da gab es ganz starke staatliche Eingriffe. In ganz Europa sehen wir, dass Verfassungen installiert werden, die einen starken Staat machen, und den Menschen wird was zugemutet. In Deutschland etwa gibt es ganz klare Umverteilung von oben nach unten. Es wird Solidarität eingefordert und angesichts der Krise waren die Menschen dazu bereit.

Deswegen mein Plädoyer: Die Politik müsste viel, viel radikaler und stärker auch auf Solidarität setzen.

Schulz: Aber wenn die Politik jetzt den Mehrheiten vorgibt, was richtig ist, da ist dann auch gerne dieses Wort im Gespräch, dass die Menschen erzogen werden sollen. Das hat sich ja schon mehrfach als der falsche Weg erwiesen. Ist das nicht auch antidemokratisch, wenn man die Politik, die im Prinzip auf die Mehrheiten schaut, die auch eine Politik macht, die ihr dann vielleicht auch künftig Mehrheiten sichert, wenn man das so stark geißelt?

Richter: Demokratie ist viel, viel mehr als Mehrheitsherrschaft. Hier finde ich zwei Punkte wichtig. Zum einen sind ja die Mehrheiten für Klimaschutz und zum anderen ist es auf jeden Fall die Rolle der gewählten Abgeordneten, dass sie mutig sind und dass sie eine vorausschauende Politik machen und nicht in der Zeit, in der sie ihr Mandat haben, beständig auf die Wähler und Wählerinnen schießen. Gerade die Demokratie kann uns ausrüsten mit dieser Repräsentation, weil wir eine repräsentative Form haben, dass die Politik dann unabhängig von Mehrheiten das Richtige macht und diesen Mehrheiten was zumutet.

Interessant ist dabei ja auch: Die Grünen, die das am ehesten machen, die werden dafür belohnt. In den Umfragen sind die sehr weit oben, während die SPD sinkt und die FDP ohnehin mit ihrer ganz erstaunlich verantwortungslosen Politik gegenüber der Klimakrise total verliert. Das merkt die Bevölkerung, dass hier irgendwas nicht stimmt, dass man im Jahr 2022 nicht so eine Politik machen kann wie die FDP mit „gegen Tempolimit“, „für Pendlerpauschale“ und so weiter.

Schulz: Die Zumutungen, die Sie fordern, verstehe ich das richtig, das ist im Wesentlichen das Weglassen von Entlastungen für Menschen, die es sich leisten können. Aber da ist ja immer noch das Dilemma: Wer sind denn die, die es tragen können? Es ist ja auch die große Gefahr, wenn jetzt die Menschen am finanziell untersten Rand aufgefangen werden, wenn nur die aufgefangen werden, dass die Mittelschicht dann abrutscht.

Richter: Was wir erkennen müssen ist, dass dieses große Versprechen, dass es immer mehr Wohlstand geben wird, dass das so einfach nicht mehr zu machen ist und dass alle weniger haben. Das ist vor allem für die SPD ein Problem. Wir müssen damit umgehen, dass es weniger für alle gibt und dass es keine soziale Gerechtigkeit gibt, solange der Planet brennt, um das mal so auf den Punkt zu bringen. Das bedeutet wirklich, dass gerade die Politik von der Bevölkerung fordert, dass wir ein anderes Leben brauchen, und das ist kein undemokratischer Staat. Es ist auch nicht irgendwie staatliche Erziehung, sondern das ist eine gute Demokratie, in der Politik der Bevölkerung sagt, was ansteht, und ihr dafür auch die Gelegenheit gibt und die Strukturen dafür schafft.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen s